



Die
Bundesregierung

G7-Präsidentschaft 2015

Abschlussbericht der Bundesregierung
über die G7-Präsidentschaft 2015



G7 GERMANY
2015 | Schloss Elmau

An morgen denken. Gemeinsam handeln.

Vorwort



Die Weltgemeinschaft sieht sich vor große Bewährungsproben gestellt. Um sie zu bestehen, gilt es, für gemeinsame Werte gemeinsam einzustehen und international Verantwortung zu übernehmen. Genau das ist der Anspruch der G7.

Es braucht entschiedenes Handeln und einen langen Atem für die Bekämpfung des internationalen Terrors und seiner Ursachen. Gleiches gilt für den Schutz natürlicher Lebensgrundlagen, den Kampf gegen Epidemien oder auch für notwendige Regulierungen

internationaler Finanzmärkte. Nicht zuletzt erfordert die anhaltend angespannte Situation in der Ukraine ein beharrliches und gleichgerichtetes Engagement der G7-Partner.

Unter dem Motto: „An morgen denken. Gemeinsam handeln“ stellten wir uns in Elmau diesen Herausforderungen. Wir wollten als Verantwortungsgemeinschaft konkrete Lösungen finden, um das Leben der Menschen weltweit sicherer und besser zu machen.

In dieser Hinsicht hat sich 2015 als entscheidendes Jahr für die weltweite Zusammenarbeit erwiesen. Mit der Agenda 2030 hat die internationale Staatengemeinschaft siebzehn konkrete Ziele für eine globale nachhaltige Entwicklung beschlossen und damit nicht weniger als neue Maßstäbe im Miteinander der Menschheit gesetzt. Zudem haben sich auf der VN-Klimakonferenz im Dezember in Paris alle Staaten auf ein neues, ehrgeiziges, faires und verbindliches Klimaschutzabkommen geeinigt.

Hierfür hat der G7-Gipfel starke Impulse gegeben. Elmau steht für klare Bekenntnisse und Handlungsanweisungen – sei es zur Dekarbonisierung der Weltwirtschaft oder gegen die Vermüllung der Weltmeere, sei es zur Stärkung der Gesundheitssysteme sowie zum Kampf gegen Hunger und Mangelernährung oder zur Förderung der Selbstständigkeit und wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen. Um die wirtschaftlichen Perspektiven für alle Menschen zu verbessern, strebt die G7 eine nachhaltige Gestaltung der Weltwirtschaft an, unter anderem durch höhere Ressourceneffizienz und bessere Durchsetzung sozialer und ökologischer Standards in den Lieferketten.

Etliche Beschlüsse von Elmau sind auf den Weg gebracht. Die Umsetzung unserer Agenda werden wir weiter mit großer Entschlossenheit vorantreiben – im Miteinander von Regierungen und Zivilgesellschaften, innerhalb der G7 wie auch im Kreis der G20, in der Europäischen Union ebenso wie bei den Vereinten Nationen. Denn globale Herausforderungen erfordern globale Antworten.

A handwritten signature in blue ink that reads "Angela Merkel". The signature is fluid and cursive.

Angela Merkel, Bundeskanzlerin

Inhalt

- 8 **Weltwirtschaft/Selbstständigkeit von Frauen**
- 12 **Finanzmarktregulierung/Steuern**
- 16 **Handel**
- 20 **Verantwortung in der Lieferkette**
- 22 **Gesundheit**
 - Ebola*
 - Antibiotikaresistenzen*
 - Vernachlässigte Tropenkrankheiten (NTDs)*
- 30 **Klimawandel**
- 35 **Schutz der Meeresumwelt und Ressourceneffizienz**
- 39 **Entwicklungspolitik**
 - Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (Post-2015-Agenda)*
 - Ernährungssicherung*
 - Wirtschaftliche Teilhabe von Frauen*
- 48 **Andere wichtige Bereiche**
 - Energie*
 - Außen- und Sicherheitspolitik*
 - Maritime Sicherheit*
 - Deauville-Partnerschaft*
 - Ukraine*
 - Tschernobyl-Schutzhülle*
 - Terrorismusbekämpfung*
 - Iran*
 - Irak*
 - Libyen*
 - Syrien*
 - Nichtverbreitung und Abrüstung*
 - Nordkorea*
- 58 **CONNEX**
- 62 **Rechenschaftslegung und Fortschrittsbericht**
 - Dialog mit der Zivilgesellschaft*
- 64 **G7-Präsidentschaftsprogramm**
- 66 **Abkürzungsverzeichnis**
- 68 **Impressum**

Kernpunkte

1. Die G7 ist eine Werte- und Verantwortungsgemeinschaft für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Zu den handlungsleitenden rechtsstaatlichen Maximen gehören die Stärkung des Völkerrechts und die Wahrung der territorialen Integrität.
2. Die G7 setzt sich ein für ein werte- und regelbasiertes Wirtschaftssystem und die Gestaltung der Globalisierung im Sinne der gemeinsamen Werte. Ziel ist es, Wachstum und Beschäftigung mittels struktureller Reformen nachhaltig zu stärken. Die G7 setzt sich zudem für die Umsetzung weiterer Finanzmarktreformen sowie den fortgesetzten Ausbau der Zusammenarbeit in Steuerfragen ein. Die unternehmerische Selbstständigkeit von Frauen soll gestärkt werden.
3. Wachstum und Beschäftigung brauchen freien Handel – weltweit. Dazu gilt es, die Welthandelsorganisation und ihr multilaterales Handelssystem zu stärken. Bilaterale und regionale Freihandelsabkommen können dieses Handelssystem ergänzen und Bausteine für künftige multilaterale Vereinbarungen sein.
4. Die G7 strebt nachhaltige globale Lieferketten und eine bessere Umsetzung von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards in Produktionsländern an.
5. Die G7 verurteilt die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch die Russische Föderation. Angesichts der kontinuierlichen Destabilisierung der Ostukraine wird sie auf der Grundlage der Vereinbarungen von Minsk unverändert an einer politischen Lösung arbeiten. Gleichzeitig ermutigt die G7 die ukrainische Regierung, ihren Reformprozess fortzuführen.
6. Die G7 will gemeinsame Anstrengungen zur Bekämpfung des Terrorismus verstärken und besser koordinieren.
7. Um den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur unter 2 Grad Celsius zu halten, sind tiefe Einschnitte bei den weltweiten Treibhausgasemissionen notwendig. Dies erfordert eine Dekarbonisierung der Weltwirtschaft im Laufe dieses Jahrhunderts. Die G7 strebt den Umbau der Energiewirtschaft bis 2050 an und setzt sich für die Verbesserung des Meeresumweltschutzes und für Ressourceneffizienz ein.
8. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die auf dem VN-Gipfel im September 2015 beschlossen wurde, zielt darauf ab, die extreme Armut bis 2030 zu beenden und den Wandel hin zu nachhaltiger Entwicklung zu vollziehen. Als Teil eines breit angelegten Engagements mit unseren Partnerländern und internationalen Akteuren setzt sich die G7 dafür ein, 500 Millionen Menschen in Entwicklungsländern bis 2030 von Hunger und Mangelernährung zu befreien und die berufliche Qualifizierung von Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern bis 2030 um ein Drittel zu erhöhen.
9. Die G7 will zukünftige Epidemien wie Ebola schneller und effektiver bekämpfen. Hierfür wird die G7 die notwendigen Instrumente und Strukturen stärken und in den nächsten fünf Jahren 60 Ländern Unterstützung bei der Umsetzung der Internationalen Gesundheitsvorschriften der Weltgesundheitsorganisation anbieten. Die G7 unterstützt den sogenannten „One Health“-Ansatz zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen und will die Forschungsaktivitäten bei den vernachlässigten Tropenkrankheiten besser koordinieren.

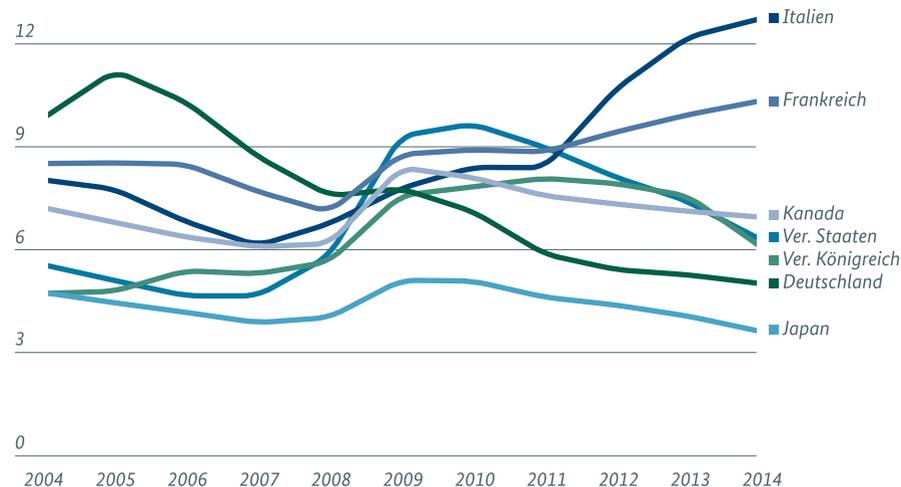
Weltwirtschaft/ Selbstständigkeit von Frauen

Zusagen

- Die G7 setzt sich ein für ein werte- und regelbasiertes Wirtschaftssystem und für die **Gestaltung der Globalisierung** im Sinne der gemeinsamen Werte. Sie will Wachstum und Beschäftigung mit Strukturreformen nachhaltig stärken.
- Die G7-Volkswirtschaften schöpfen ihr volles Potenzial nach wie vor nicht aus. Die Arbeitslosigkeit ist bei ihnen trotz deutlicher Rückgänge in den letzten Jahren insgesamt zu hoch.

Erwerbslosenquote

in Prozent der Erwerbsbevölkerung/G7-Staaten



Quelle: OECD

- Die G7 will ihre Bemühungen fortsetzen, um **Wachstum und Beschäftigung** für alle zu erreichen. Daher will sie Bildung und Innovationen fördern, die Investitionsbedingungen, vor allem auch für kleine und mittlere Unternehmen, weiter verbessern, produktivitätssteigernde Strukturreformen umsetzen, **Finanzmarkt-reformen** entschlossen fortsetzen und die internationale **Zusammenarbeit in Steuerfragen** ausbauen.
- Die G7 hat sich darauf verständigt, zukünftig mehr **Frauen den Weg in die unternehmerische Selbstständigkeit zu ebnet**. Hierzu stellen wir gemeinsame Prinzipien auf. Darunter u. a. frühzeitige Sensibilisierung von Mädchen und Frauen für das Berufsbild „Unternehmerin“; Sichtbarmachen erfolgreicher Unternehmerinnen als Rollenvorbilder; Eingehen auf die speziellen Bedürfnisse von Unternehmerinnen bezüglich Mentoring/Coaching und Netzworkebildung; verbesserter Zugang zu Finanzierung; verbesserte Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Die G7 hat die OECD gebeten, die Fortschritte bei der Stärkung der unternehmerischen Selbstständigkeit von Frauen zu beobachten.

Fortschritte

- Das langfristige Wachstumspotenzial in den meisten Industrie- und Schwellenländern ist niedriger als vermutet. Deutschland wird sich deshalb dafür einsetzen, dass strukturelle Verbesserungen der Leistungsfähigkeit der G7-Volkswirtschaften auch nach Elmau weiter ganz oben auf der Tagesordnung bleiben. Auch im Rahmen der G20 bleiben die Bemühungen um ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wirtschaftswachstum eine Daueraufgabe.
- Am 16. und 17. September 2015 fand auf Einladung von Bundeskanzlerin Merkel ein G7-Dialogforum mit Frauen statt.



Schloss Elmau – Tagungsort des G7-Gipfels 2015

Finanzmarktregulierung/ Steuern

Zusagen

- Die G7 unterstützt die **Umsetzung weiterer Finanzmarktreformen**. Im Mittelpunkt der diesjährigen Befassung in der G20 und im Finanzstabilitätsrat stand die „too big to fail“-Problematik. Ziel ist es, **Steuerzahler vor Verlusten zu schützen**, die im Falle einer Zahlungsunfähigkeit von global systemrelevanten Finanzinstitutionen entstehen. Dazu ist die Einigung auf einen gemeinsamen internationalen Standard in Bezug auf die Verlustabsorptionsfähigkeit global systemrelevanter Banken notwendig.
- Die G7 setzt sich zudem für die rechtzeitige und umfassende Umsetzung des vereinbarten G20-Fahrplans zur **Regulierung des Schattenbankwesens** ein.
- Ferner wird die G7 neue systemische Risiken, die sich aus marktbasierter Finanzierung ergeben könnten, genau beobachten und angehen, bei gleichzeitiger Sicherstellung, dass diese Art der Finanzierung ihre Rolle bei der Stärkung der Realwirtschaft erfüllen kann.
- Die G7 will die **Zusammenarbeit in Steuerfragen** ausbauen. Sie unterstützt den Abschluss des Aktionsplans der G20/OECD zur Bekämpfung der Aushöhlung von Steuerbemessungsgrundlage und Gewinnverlagerungen (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) bis zum Jahresende 2015. Die G7 setzt sich für eine Überwachung der nationalen Umsetzung des Aktionsplans durch die G20 und die OECD ein. Ein zentrales Element dabei ist der automatische Austausch von Informationen über grenzüberschreitende Steuerregelungen („tax rulings“).
- Die G7 bekennt sich zudem zur Einführung von obligatorischen, verbindlichen Schiedsverfahren, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Steuerfragen zu verbessern. Sie wird Entwicklungsländer beim Aufbau der Kapazitäten ihrer Steuerbehörden unterstützen.

Fortschritte

- Die G20 hat sich auf Vorschlag des Finanzstabilitätsrats auf den endgültigen Standard für die Verlustabsorptionsfähigkeit global systemrelevanter Banken (G-SIBs) verständigt. Dieser sogenannte TLAC-Standard (Total Loss Absorbing Capacity) wird nach Verabschiedung durch die Staats- und Regierungschefs der G20 im November 2015 bis 2022 in zwei Schritten zur Anwendung kommen.
- Die G20-Staats- und Regierungschefs haben sich im November 2015 dazu bekannt, die Aufsicht und Regulierung des Schattenbankwesens weiter voranzutreiben, um die Widerstandsfähigkeit marktbasierter Finanzierung zu gewährleisten.
- Die G20/OECD haben die Arbeiten an den Empfehlungen für den BEPS-Aktionsplan fristgerecht im Oktober 2015 abgeschlossen. Die Staats- und Regierungschefs der G20 haben auf dem Gipfeltreffen in Antalya die Ergebnisse des BEPS-Projekts gebilligt und die Einrichtung eines Prozesses zur Überwachung der Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen beschlossen.
- Die EU-Finanzminister haben am 6. Oktober 2015 eine politische Einigung auf einen Vorschlag zur Änderung der EU-Richtlinie erzielt, die einen verpflichtenden automatischen Informationsaustausch über „tax rulings“ durch die Mitgliedstaaten ab dem Jahr 2017 vorsieht. Ziel der EU ist es nun, diese Transparenz auch im Verhältnis zu Drittstaaten herzustellen.



Der EU-Ratspräsident, die G7-Staatschefs, der EU-Kommissionspräsident (v. l. n. r.)

Handel

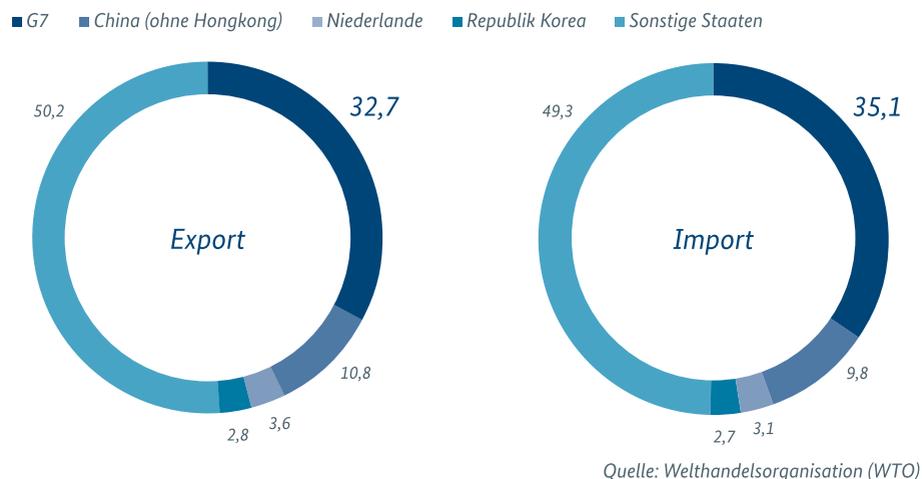
Zusagen

- Die G7 bekräftigt die Zusage, die Märkte offenzuhalten und jeglichen **Protektionismus zu bekämpfen**. Die G7 unterstützt eine Verlängerung der im Rahmen der G20 eingegangenen Stillhalteverpflichtung. Die G7 strebt ferner Investitionsschutz sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Investoren an.
- Die G7 setzt sich dafür ein, Handelsschranken abzubauen und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen – auch durch unilaterale Schritte zur Liberalisierung ihrer Volkswirtschaften. Priorität hat jedoch die **Stärkung des multilateralen Handelssystems der WTO**.
- Die G7 rief dazu auf, die Doha-Runde umgehend abzuschließen und das WTO-Abkommen über Handelserleichterungen möglichst zeitnah umzusetzen. Sie ist bereit, Entwicklungsländer bei der Umsetzung der im Abkommen über Handelserleichterungen beschlossenen Maßnahmen auch weiterhin zu unterstützen.

- Die G7 rief ferner zu raschen Fortschritten bei plurilateralen Vereinbarungen auf, etwa dem Übereinkommen über Informationstechnologie oder dem Abkommen über den Handel mit Umweltgütern.
- Gleichzeitig will sie **bilaterale und regionale Freihandelsabkommen** rasch abschließen, Handelsbarrieren rasch abschaffen und so positive Effekte für Wachstum und Beschäftigung erzielen. Dabei sind zentral: die Transpazifische Partnerschaft (Trans-Pacific Partnership, TPP), die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) und das EU-Freihandelsabkommen/Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Japan.
- Die G7 unterstützt zudem das rasche Inkrafttreten des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) zwischen Kanada und der EU.

Weltweiter Handel mit Waren und Dienstleistungen 2014

Anteil der G7-Staaten und der drei handelsstärksten Nicht-G7-Staaten/in Prozent



Fortschritte

- Das Übereinkommen über Handelserleichterungen tritt nach Abschluss des nationalen Ratifikationsprozesses durch zwei Drittel der WTO-Mitgliedstaaten in Kraft. Bisher haben mehr als 50 WTO-Mitglieder das Übereinkommen ratifiziert.
- 54 WTO-Mitglieder haben im Sommer 2015 die Verhandlungen über die vom erweiterten Informationstechnologie-Abkommen (ITA) erfassten Produkte grundsätzlich abgeschlossen. Sie verabschiedeten eine erweiterte Liste von IT-Produkten, für die Zollfreiheit gelten soll. Die ersten Zollsenkungen sind ab Mitte 2016 zu erwarten.
- Am 5. Oktober 2015 einigten sich zwölf Staaten (darunter die G7-Staaten USA, Kanada und Japan) grundsätzlich auf das regionale Freihandelsabkommen der Transpazifischen Partnerschaft (Trans-Pacific Partnership, TPP). Das TPP-Abkommen muss noch von allen Teilnehmerstaaten ratifiziert werden.
- Die G20 bekräftigte ihre fortdauernde Entschlossenheit, protektionistische Maßnahmen zu unterbinden und umzukehren sowie die Fortschritte zu überprüfen.



Die Flaggen der EU und der G7-Staaten

Verantwortung in der Lieferkette

Zusagen

- Die G7 wird KMU bei der Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses von Sorgfaltspflicht und eines **verantwortungsvollen Lieferkettenmanagements** unterstützen.
- Sie wird Konsumenten in die Lage versetzen, Produktlabel in Bezug auf ihre Aussagekraft und Glaubwürdigkeit zu vergleichen.
- Die G7 wird Multi-Stakeholder-Bündnisse für eine freiwillige Umsetzung von Standards stärken.
- Die G7 unterstützt Entwicklungsländer bei der Verfolgung nachhaltiger Exportstrategien.
- Sie wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation ILO einen **Vision-Zero-Fonds (internationaler Präventionsfonds)** zur Verbesserung von Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit in ärmeren Produktionsländern einrichten.
- Die G7 wird die Nationalen Kontaktstellen (NKS) zur Umsetzung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen stärken und ihre Arbeit als außergerichtliche Beschwerdemechanismen vermehrt unterstützen.

Fortschritte

- Konkrete Umsetzungsschritte wurden beim Treffen der Arbeits- und Entwicklungsminister der G7 vorgestellt („Action for Fair Production“):
- Stärkung verantwortungsvollen Lieferkettenmanagements insbesondere bei KMU. Kleine und mittlere Unternehmen sollen bei der Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses von Sorgfaltspflicht (Due Diligence) und eines verantwortungsvollen Lieferkettenmanagements unterstützt werden. Hierfür sollen entsprechende

Vorhaben der OECD und der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahr 2016 aktiv unterstützt und zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden.

- Unterstützung von Transparenzinitiativen für Verbraucher und öffentliche Beschaffungsstellen. Die G7 wird geeignete Partner und bestehende Initiativen ausfindig machen, um transparente und glaubwürdige Informationen über Umwelt- und Sozialstandards bereitzustellen. Für Mai 2016 ist ein entsprechendes Expertentreffen der G7 und weiterer Akteure geplant.
- Förderung von Multi-Stakeholder-Initiativen vor allem im Textilsektor. Frankreich, Italien, Großbritannien und Deutschland kamen überein, das Engagement der Europäischen Union für verantwortliches Management von Lieferketten und insbesondere die geplanten Aktivitäten im Textilsektor zu stärken. Die G7 hat die OECD gebeten, über die G7-Aktivitäten zu Multi-Stakeholder-Initiativen zu berichten und eine Austauschplattform zur Verfügung zu stellen.
- Kapazitätsaufbau in Entwicklungsländern. Die G7 hat eine bessere Koordination bestehender Ansätze innerhalb der G7 beschlossen: zum einen bilateraler Aktivitäten im Textilsektor und zum anderen der Förderung von Nachhaltigkeitsstandards im Baumwollsektor (wie Fairtrade, Cotton made in Africa, Better Cotton Initiative und Biobaumwolle). Sie hat die Weltbankgruppe beauftragt, Analysen und Politikempfehlungen zum Kapazitätsaufbau und zugehörige Finanzierungsinstrumente für Entwicklungsländer zu erarbeiten. Ein erster Ergebnisbericht dazu soll 2016 vorliegen.
- Einrichtung des Vision-Zero-Fonds bei der ILO 2016. Die Minister einigten sich auf konkrete Schritte, damit der Vision-Zero-Fonds ab 2016 seine Arbeit aufnehmen kann. Deutschland, die Vereinigten Staaten und die EU-Kommission kündigten an, eine Anschubfinanzierung von insgesamt 7 Millionen Euro für 2016 zur Verfügung zu stellen. Weitere Länder werden geldwerte Sachleistungen in Form von Expertenteams und Know-how für den Fonds beitragen. Darüber hinaus wurden erste Gespräche mit dem Privatsektor über eine Beteiligung an dem Fonds geführt. Die internationalen Sozialpartner erklärten ihre Unterstützung für das Vorhaben.

- Stärkung des Streitbeilegungssystems der OECD-NKS. Zur Stärkung außergerichtlicher Beschwerde- und Vermittlungsverfahren bei Verstößen gegen die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen verständigte sich die G7 darauf, das wechselseitige Lernen („Peer Learning“) im Hinblick auf die NKS sowie Kontakte mit Akteuren und Drittstaaten zu fördern und mit gutem Beispiel voranzugehen, damit möglichst bis 2018 Peer Reviews der Nationalen Kontaktstellen der G7-Staaten durchgeführt werden können.

Gesundheit

Ebola

Zusagen

- Die G7 will die **Gesundheitssysteme** durch bilaterale Programme und multilaterale Strukturen **stärken**.
- Sie wird in den nächsten fünf Jahren **60 Ländern** ihre **Unterstützung** bei der Umsetzung der Internationalen Gesundheitsvorschriften der Weltgesundheitsorganisation (WHO) **anbieten**. Die G7 ermutigt andere Entwicklungspartner und Staaten, sich diesen gemeinsamen Bemühungen anzuschließen.
- Die G7 ist entschlossen, die **Ebola-Fallzahlen auf null zu reduzieren**. Die G7 hat ihre fortdauernde Unterstützung für die am stärksten von dem Ausbruch betroffenen Länder bekräftigt.
- Die G7 wird den laufenden Prozess zur Reform und Stärkung der Kapazitäten der WHO unterstützen, um für komplexe Gesundheitsrisiken gerüstet zu sein und auf sie reagieren zu können. Die G7 bekräftigt ferner die **zentrale Rolle der WHO** für die internationale Gesundheitssicherheit.

- Die G7 unterstützt die Bereitstellung finanzieller Ressourcen im Krisenfall, auch durch vorgeschlagene Mechanismen wie die von der Weltbank ergriffene Initiative zur **Entwicklung einer Pandemic Emergency Facility**. Sie appelliert an die WHO, die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds, ihre Arbeit eng aufeinander abzustimmen.
- Die G7 stärkt Mechanismen für den raschen Einsatz fachübergreifender Expertenteams.

Fortschritte

- Die G7 unterstützt gemeinsam folgende Länder bzw. hat mit folgenden Ländern Gespräche geführt bzw. hat Plänen zur Unterstützung der folgenden Länder zugestimmt: Ägypten, Äthiopien, Afghanistan, Antigua und Barbuda, Bahamas, Bangladesch, Barbados, Belize, Benin, Brasilien, Burkina Faso, Burundi, CARICOM (regional), Côte d'Ivoire, ECOWAS (regional), Demokratische Republik Kongo, Dominica, Dominikanische Republik, Gabun, Georgien, Ghana, Grenada, Guinea, Guinea-Bissau, Haiti, Indien, Indonesien, Jemen, Jordanien, Kambodscha, Kamerun, Kasachstan, Kenia, Kosovo, Kirgistan, Laos, Liberia, Libyen, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Mosambik, Myanmar, Nepal, Niger, Nigeria, Ostafrikanische Gemeinschaft (regional), Pakistan, Palästinensische Gebiete, Peru, Philippinen, Ruanda, Sambia, Senegal, Sierra Leone, Simbabwe, Somalia, Südsudan, Sudan, Suriname, Tadschikistan, Tansania, Thailand, Togo, Trinidad und Tobago, Tschad, Tunesien, Uganda, Ukraine, Usbekistan, Vietnam, Zentralafrikanische Republik. Dies ist gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Gesundheitssysteme.
- Die Beschlüsse von Elmau zur Ebola-Krise wurden durch das Treffen der G7-Gesundheitsminister am 8./9. Oktober 2015 in Berlin ergänzt: Sie beschlossen, die WHO zu stärken, damit diese ihre Rolle der Führungskoordination in Bezug auf globale Gesundheitsfragen und globales Gesundheitsmanagement besser ausüben kann. Sie unterstützt die Initiative der WHO für schnell einsetzbare Experten (Global Health Emergency Workforce) und die Einrichtung eines WHO-Notfallfonds für Krisen.

- Deutschland beabsichtigt eine Fortsetzung des Sonderprogramms „Gesundheit in Afrika“ mit 600 Millionen Euro (150 Millionen Euro pro Jahr über die kommenden vier Jahre). Durch gezielte Investitionen sollen schwache Gesundheitssysteme in Afrika dauerhaft gestärkt werden (insbesondere in den von Ebola betroffenen Ländern). Die Einrichtung des neuen WHO-Notfallfonds mit einem Zielvolumen von 100 Millionen USD wird unterstützt. Die schnell einsetzbare Global Health Emergency Workforce befindet sich in der Phase der Einrichtung.
- Deutschland befindet sich bereits im intensiven Austausch mit der Weltbank und anderen potentiellen Gebern zum Aufbau der „Pandemic Emergency Facility“, einem Finanzierungsmechanismus zur schnellen Bereitstellung von Mitteln für die Bekämpfung von Gesundheitskrisen.
- Die G7 unterstützt die WHO bei ihren Reformen und wird diese gemeinsam vorantreiben.
- Die G7 sieht den im Dezember zu erwartenden Empfehlungen des vom VN-Generalsekretär eingesetzten hochrangigen Gremiums für die globale Abwehr von Gesundheitskrisen erwartungsvoll entgegen.

Antibiotikaresistenzen

Zusagen

- Die G7 verpflichtet sich nachdrücklich dem „**One Health**“-Ansatz, der alle Bereiche der Gesundheit von Mensch und Tier sowie Landwirtschaft und Umwelt einbezieht. Dieser Ansatz wird der Erarbeitung bzw. Überarbeitung nationaler Aktionspläne zugrunde gelegt werden.
- Sie unterstützt den **Globalen Aktionsplan der WHO zu Antibiotikaresistenzen**.
- Sie verpflichtet sich zur besseren Prävention von Infektionskrankheiten und zur fachgerechten Verwendung von Antibiotika.

- Sie verpflichtet sich, Antibiotika mit Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit unter Aufsicht und im Einklang mit nationalen beziehungsweise gerichtlichen Vorschriften sowie zu therapeutischen Zwecken nach angemessener individueller Diagnose einzusetzen, und stärkt das Bewusstsein und das Wissen zu Ursachen, Vermeidung und Eindämmung von Antibiotikaresistenzen.
- Sie betont die Bedeutung der **Verschreibungspflicht von Antibiotika** in der Human- und Veterinärmedizin und die Notwendigkeit, die Nutzung von Antibiotika für die Wachstumsförderung in der Viehzucht bei fehlender Risikoanalyse auslaufen zu lassen.
- Sie stärkt die Überwachung bestehender und sich neu entwickelnder Antibiotikaresistenzen.
- Sie verstärkt die Grundlagenforschung, die epidemiologische Forschung sowie die Entwicklung von und den Zugang zu neuen Antibiotika, alternativen Therapien, Impfstoffen und patientennahe Sofortdiagnostik.
- Sie intensiviert den Dialog mit der Pharma-, Biotechnologie- und Nahrungsmittelindustrie in enger Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO).

Fortschritte

- Die G7-Gesundheitsminister haben sich in der Berliner Erklärung zu Antibiotikaresistenzen auf eine globale Initiative zur Förderung der Forschung und Entwicklung von Antibiotika verständigt.
- Umsetzung des „One Health“-Ansatzes: Die G7 bündelt die nationalen Anstrengungen für einen Austausch bewährter Beispiele aus der Praxis zur Förderung eines umsichtigen Einsatzes von Antibiotika (Publikation: „Combating Antimicrobial Resistance – Examples of Best Practices of the G7 Countries“).

- Die Europäische Kommission evaluiert derzeit ihren Aktionsplan 2011–2016 zu Antibiotikaresistenzen im Hinblick darauf, die EU und ihre Mitgliedstaaten zu unterstützen, die Herausforderung von Antibiotikaresistenzen anzugehen und damit einen Beitrag zu leisten, diese Bedrohung auf globaler Ebene zu bekämpfen.
- Förderung von Innovation zur Erforschung und Entwicklung neuer Antibiotika: Die G7 setzt sich für eine bessere Vernetzung von Experten in Wissenschaft und Praxis ein. Deutschland wird hier vorangehen und bereits 2016 ein erstes Netzwerktreffen organisieren.
- Die G7 überwacht weiterhin die Umsetzung ihrer Verpflichtungen in Bezug auf Antibiotikaresistenzen und unterstützt die WHO weiterhin in der Umsetzung ihres Globalen Aktionsplans zu Antibiotikaresistenzen.
- Die G7 hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Thema Antibiotikaresistenzen im Rahmen der chinesischen G20-Präsidentschaft weiter behandelt wird. Zudem soll bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen 2016 ein hochrangiges Treffen zu Antibiotikaresistenzen einberufen werden.

Vernachlässigte Tropenkrankheiten (NTDs)

Zusagen

- Die G7 betont die entscheidende Rolle von **Forschung bei der Entwicklung** und Einführung **neuer Mittel** zur Bewältigung dieser Krankheiten.
- Sie will mit allen wichtigen Partnern zusammenarbeiten, unter anderem mit dem WHO Global Observatory on Health Research and Development, vor allem im Hinblick auf eine bessere Koordination der weltweiten Forschungs- und Entwicklungsbemühungen.

- Sie unterstützt **Forschungsaktivitäten zu NTDs** in den Bereichen mit dem dringendsten Bedarf. Sie erkennt die Rolle an, welche die Akademien der Wissenschaften der G7 bei der Bestimmung dieser Bereiche spielen.
- Sie stärkt sowohl die Grundlagenforschung zu Prävention, Kontrolle und Behandlung als auch die Forschung, die sich auf die schnellere und gezielte Entwicklung einfach einsetzbarer und erschwinglicher Medikamente, Impfstoffe und Schnelltests konzentriert.
- Sie unterstützt gemeinschaftsgetragene Mechanismen im Rahmen von Maßnahmen der Gesundheitssystemstärkung, um geeignete Therapien und Medikamente verfügbar zu machen mit dem Ziel, **NTDs bis 2020 unter Kontrolle zu bringen oder auszurotten**.

Fortschritte

- Die G7-Wissenschaftsminister beschlossen am 8./9. Oktober auf ihrem Treffen in Berlin, den inhaltlichen Rahmen zukünftiger Aktionen auf armutsbegünstigte Infektionskrankheiten (Poverty-Related Infectious Diseases, PRDs) auszuweiten. Neben NTDs stehen weitere Erkrankungen mit hoher Krankheitslast in ärmeren Ländern, konkret Malaria, HIV/Aids, Tuberkulose, aber auch Durchfallerkrankungen, im Fokus.
- 2016 wird Deutschland unter Einbeziehung aller einschlägigen Akteure einen G7-Workshop zu Möglichkeiten einer besseren Koordination weltweiter Forschungsaktivitäten zu PRDs/NTDs ausrichten, um weitere Schritte in diese Richtung festzulegen.
- Die G7 stärkt die Koordinierung von Forschung und Entwicklung im Bereich der PRDs. 2016 wird die Möglichkeit einer gemeinsamen Initiative für Forschungs- und Entwicklungsprojekte zu PRDs diskutiert werden. Die G7 beabsichtigt, einschlägige Forschungs- und Entwicklungsbemühungen mit dem Ziel der Entwicklung von Medikamenten, Impfstoffen und Diagnosen im Bereich sowohl der PRDs als auch der NTDs im Einklang mit den jeweiligen Forschungsagenden der G7-Länder und dem Bedarf von Entwicklungsländern zu intensivieren.



Auf dem Weg zum G7-Familienfoto

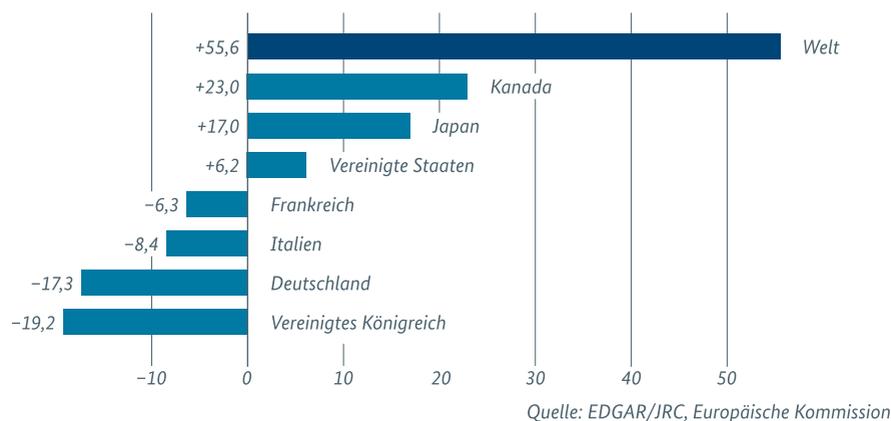
Klimawandel

Zusagen

- Die G7 will den Anstieg der **weltweiten Durchschnittstemperatur unter 2 Grad Celsius halten** und beabsichtigt, auf der COP21 in Paris ein Protokoll, eine andere rechtliche Übereinkunft oder ein vereinbartes Ergebnis mit rechtlicher Wirkung, jeweils gültig für alle Parteien, unter dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen zu erzielen.
- Die G7 will durch das Übereinkommen **Transparenz und Rechenschaftspflicht** stärken. Das Übereinkommen soll verbindliche Regeln in seinem Kern enthalten, um Fortschritte bei der Erfüllung der Ziele zu überprüfen, um dauerhaft gesteigerte Ambition zu fördern. Dadurch sollten alle Länder in die Lage versetzt werden, im Einklang mit dem globalen Ziel, den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur unter 2 Grad Celsius zu halten, einen kohlenstoffarmen und belastbaren Entwicklungspfad einzuschlagen.

Kohlendioxidemissionen 2013

Prozentuale Veränderung seit 1990/G7-Staaten und weltweit



- Die G7 unterstützt eine gemeinsame Vision für ein **weltweites Ziel zur Verringerung von Treibhausgasemissionen**. Sie will gemeinsam mit allen Vertragsparteien des UNFCCC Treibhausgase bis 2050 im Vergleich zu 2010 entsprechend dem oberen Ende der jüngsten IPCC-Empfehlungen von 40 bis 70 Prozent reduzieren und einen belastbaren Entwicklungspfad einschlagen.

- In Anbetracht der aktuellen Ergebnisse des IPCC sind bei den weltweiten Treibhausgasemissionen tiefe Einschnitte – wie die **Dekarbonisierung der Weltwirtschaft** im Laufe dieses Jahrhunderts – erforderlich.
- Die G7 verpflichtet sich, dazu beizutragen, langfristig eine kohlenstoffarme Weltwirtschaft zu erreichen, auch durch die Entwicklung und den Einsatz innovativer Technologien, und **strebt bis 2050 einen Umbau der Energiewirtschaft** an; sie lädt alle Länder ein sich anzuschließen und verpflichtet sich zur Entwicklung langfristiger nationaler kohlenstoffarmer Strategien.
- Die G7 wird weiterhin **verstärkt Finanzmittel aus öffentlichen und privaten Quellen bereitstellen und mobilisieren**, und sie wird weiterhin zeigen, dass die G7-Staaten und andere Länder auf einem guten Weg sind, das Ziel zu erreichen, bis 2020 gemeinsam 100 Milliarden USD für die Klimafinanzierung zu mobilisieren.
- Die G7 unterstreicht die **Rolle der multilateralen Entwicklungsbanken** bei der Bereitstellung und Mobilisierung von Klimafinanzierung für die Umstellung auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft. Sie ruft diese Banken dazu auf, ihr finanzielles Potenzial bestmöglich auszuschöpfen und ihre Kapazitäten zur Mobilisierung anderer Partner bestmöglich zu nutzen, um von den Ländern getragene Programme zur Erreichung dieses Ziels zu unterstützen.
- Die G7 will die Anzahl der Menschen in den gefährdetsten Entwicklungsländern, die Zugang zu direkten oder indirekten **Versicherungsleistungen gegen die negativen Auswirkungen von durch den Klimawandel** verursachten Gefährdungen haben, bis 2020 um bis zu 400 Millionen erhöhen.
- Die G7 unterstützt die Entwicklung von Frühwarnsystemen in den durch den Klimawandel am meisten gefährdeten Ländern.
- Die G7 wird den **Zugang zu Erneuerbaren Energien in Afrika und in Entwicklungsländern** beschleunigen, auch durch Beschluss der Initiative für Erneuerbare Energien in Afrika („Africa Renewable Energy Initiative“). Ziel ist es, die Energiearmut durch den Zubau von 10 GW Leistung an Erneuerbaren Energien bis 2020 zu verringern. Dabei baut sie auf bestehenden und neuen multi- sowie bilateralen Programmen und Initiativen auf.

- Die G7 verpflichtet sich zur **Abschaffung ineffizienter Subventionen** für fossile Brennstoffe.
- Die G7 bekennt sich zu dem langfristigen Ziel, in der gesamten Weltwirtschaft wirksame politische Maßnahmen und Handlungen durchzuführen, einschließlich **kohlenstoffmarktbasierter und ordnungspolitischer Instrumente**, und gründet eine auf Freiwilligkeit beruhende Plattform für einen strategischen Dialog.
- Die G7 wird ihre Bemühungen um einen Ausstieg aus Fluorkohlenwasserstoffen (FKWs) fortsetzen und ruft die Vertragsparteien des Montrealer Protokolls auf, dieses Jahr eine Änderung mit dem Ziel eines Ausstiegs aus FKWs zu verhandeln; ferner ruft sie Geber auf, Entwicklungsländer bei der Umsetzung dieser Änderung zu unterstützen.

Fortschritte

- Auf der VN-Klimakonferenz (COP21) im Dezember in Paris haben sich alle Staaten auf ein neues, ehrgeiziges, faires und verbindliches Klimaschutzabkommen geeinigt. Dies ist ein historischer Erfolg. Alle Staaten haben sich dazu verpflichtet, Beiträge zu leisten, um den Anstieg der durchschnittlichen globalen Temperatur auf deutlich unter 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten zu halten und Anstrengungen zu unternehmen, den Anstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Um das langfristige Temperatur-Ziel zu erreichen, streben die Staaten „Treibhausgasneutralität“ in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts an, indem sie verbleibende Emissionsquellen von Treibhausgasen durch ihre Entnahme ausgleichen. Dies greift das in Elmau vereinbarte Ergebnis auf, die Weltwirtschaft im Lauf dieses Jahrhunderts zu dekarbonisieren.
- Der Aufruf an alle Staaten, „rechtzeitig vor der Pariser Klimakonferenz (COP21)“ nationale Klimaschutzbeiträge einzureichen, hat dazu beigetragen, dass über 90 Prozent der weltweiten Emissionen durch nationale Klimaszutzziele (INDCs) abgedeckt sind.
- Auch nach Paris muss ambitionierter Klimaschutz auf der Agenda der G7 bleiben – denn Paris kann auf dem klimafreundlichen Entwicklungspfad nur der

erste Schritt sein. Die zentrale Herausforderung für die G7 dabei ist, im Laufe dieses Jahrhunderts eine kohlenstoffarme Weltwirtschaft zu erreichen und die Energiesysteme, z. B. durch die Entwicklung und den Einsatz innovativer und sauberer Technologien, bis 2050 umzubauen.

- Elmau hat auch einen wichtigen Impuls bei der Frage der Klimafinanzierung gesetzt. Seit dem Gipfel haben die einzelnen G7-Staaten ihr festes Bekenntnis zur Vereinbarung von Kopenhagen bekräftigt.
- Neben Deutschland (angestrebte Verdopplung der Klimafinanzierung bis 2020 gegenüber 2014) haben auch Frankreich (Anwuchs auf 5 Milliarden Euro Klimafinanzierung im Jahr 2020), Großbritannien (5,8 Milliarden GBP 2016–2021), Kanada (2,65 Milliarden CAD 2016–2021) und Japan (Anwuchs auf 1,3 Billionen JPY im Jahr 2020) einen klaren Aufwuchs ihrer Klimafinanzierung angekündigt.
- Weiterhin ist es in einem Prozess mit den zentralen Geberstaaten gelungen, sich auf einen methodischen Rahmen für die Festlegung individueller Beiträge zum 100 Milliarden USD Ziel für die Klimafinanzierung zu einigen. Danach umfasste im Jahr 2014 die Klimafinanzierung 62 Milliarden USD, davon 43,5 Milliarden USD öffentliche Klimafinanzierung. Dies zeigt, dass die Industrieländer auf einem guten Weg sind, ihre Finanzierungsverpflichtungen zu erfüllen.
- Die deutsche G7-Präsidentschaft hat mit dem Hintergrundbericht zur langfristigen Klimafinanzierung sowie mit dem erreichten Kommuniqué eine Debatte ermöglicht und entscheidende Impulse für die Konkretisierung der 100 Milliarden USD Zusage vor Paris gesetzt.
- In Elmau haben die G7 Multilaterale Entwicklungsbanken aufgerufen, ihr Potenzial voll auszuschöpfen, und sie somit ermutigt, die Erhöhung ihrer Klimafinanzierung vor COP21 anzukündigen.
- Die durch die deutsche G7-Präsidentschaft ins Leben gerufene Initiative, Kriterien zur Ausrichtung von Investitionen an der 2 Grad Celsius-Obergrenze zu entwickeln, richtet sich an öffentliche wie private Investoren. Der Bericht ist im Dezember 2015 fertiggestellt und wurde am Rande der Klimaverhandlungen in Paris veröffentlicht. Multilaterale Entwicklungsbanken und andere Investoren

Schutz der Meeresumwelt und Ressourceneffizienz

können damit sicherstellen, dass ihre Investitionen mit der 2 Grad Celsius-Obergrenze kompatibel sind, und sich so gegen Klimarisiken absichern.

- In Bezug auf die G7-Initiative zu Klimarisikoversicherungen („InsuResilience“) soll die ambitionierte Zielsetzung von bis zu 400 Millionen zusätzlichen Versicherten vor allem durch die Ausweitung indirekter Risikoversicherungsfazilitäten erreicht werden. Dazu gehören die African Risk Capacity (ARC) und die Caribbean Catastrophe Risk Insurance Facility (CCRIF). Noch in diesem Jahr sollen erste konkrete Umsetzungsmaßnahmen durch die G7 und ggfs. weitere Partner unterzeichnet werden („rapid action“). Sie sollen vor allem den Ausbau bestehender Risikofazilitäten beinhalten.
- In Folge der G7-Initiative von Elmau für Erneuerbare Energien in Afrika wurde eine technische Arbeitsgruppe unter Leitung des derzeitigen ägyptischen AMCEN-Vorsitzenden gebildet. Sie wird ein Arbeitsprogramm und ein Hintergrunddokument erarbeiten, die Anfang 2016 beschlossen werden sollen. Die G7, Schweden und die Niederlande haben zur Unterstützung der Initiative für Erneuerbare Energien in Afrika 10 Milliarden USD an Zuwendungen und Darlehen zugesagt; hiervon hat Deutschland bis 2020 3 Milliarden USD zugesagt.
- Der globale Kohlenstoffmarkt ist weiterzuentwickeln. In der Folge von Elmau wurde eine politische Plattform gegründet. Zur Umsetzung dieses Beschlusses fand Anfang Oktober 2015 ein erstes Auftakttreffen der „Carbon Market Platform Strategic Dialogue on Carbon Markets and the Regulatory Environment“ statt. An diesem Treffen, das der Klärung inhaltlicher und struktureller Fragen diente, nahmen neben Vertretern der G7-Staaten auch UNFCCC, Weltbank, OECD und ICAP teil. Ein zweites Treffen ist im Frühjahr 2016 vorgesehen.
- Bei dem Treffen der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls im November in Dubai kamen die Vertragsparteien überein, 2016 auf eine Änderung im Sinne eines Ausstiegs aus der Erzeugung und dem Verbrauch von FKWs hinzuarbeiten.
- Beim Treffen der OECD-Exportkreditgruppe im November in Paris beschloss die OECD erstmals multilaterale Einschränkungen für die Finanzierung von Kohlekraftwerken.

Zusagen

- Die G7 bekennt sich zu einem **Aktionsplan gegen Meeresmüll**, insbesondere zu Maßnahmen gegen den land- und seeseitigen Eintrag von Plastikmüll sowie zu Beseitigungsmaßnahmen und zur Notwendigkeit von diesbezüglicher Bildung, Forschung und Outreach zu anderen Ländern und Stakeholdern.
- Die G7 ruft die Internationale Meeresbodenbehörde (IMB) auf, die Arbeiten an einem **Kodex für einen nachhaltigen Tiefseebergbau** unter Einbeziehung aller einschlägigen Akteure fortzusetzen und dabei die Interessen von Entwicklungsländern zu berücksichtigen.
- Die G7 bekennt sich zum **Vorsorgeansatz im Bereich der Tiefseebergbauarbeiten** sowie zur Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und wissenschaftlicher Forschung.
- Die G7 verpflichtet sich zu ehrgeizigen Maßnahmen für den **Schutz natürlicher Ressourcen** und für die **Steigerung der Ressourceneffizienz**, aufbauend auf dem 3R-Aktionsplan von Kobe und bestehenden nationalen Initiativen. Sie gründet eine G7-Allianz für Ressourceneffizienz zum freiwilligen Wissensaustausch und zur Netzwerkbildung.
- Die G7 beauftragt das International Resource Panel von UNEP, in einem Synthesebereich die erfolgversprechendsten Potenziale und Lösungen für Ressourceneffizienz aufzuzeigen, und ersucht die OECD, politische Leitlinien auszuarbeiten.

Fortschritte

- Nach den Beschlüssen von Elmau haben die G7-Staaten in Zusammenarbeit mit Stakeholdern (NROs, Industrie und Wissenschaft) ein umfassendes Maßnahmenpaket zusammengestellt, um die „Priority Actions“ des in Elmau beschlossenen Aktionsplans näher zu umreißen. Im Rahmen eines abschließenden G7-Workshops im November 2015 wurde dieser Prozess fortgeführt, wobei konkrete Arbeitsschritte beschrieben und Zeitpläne ausgearbeitet wurden.

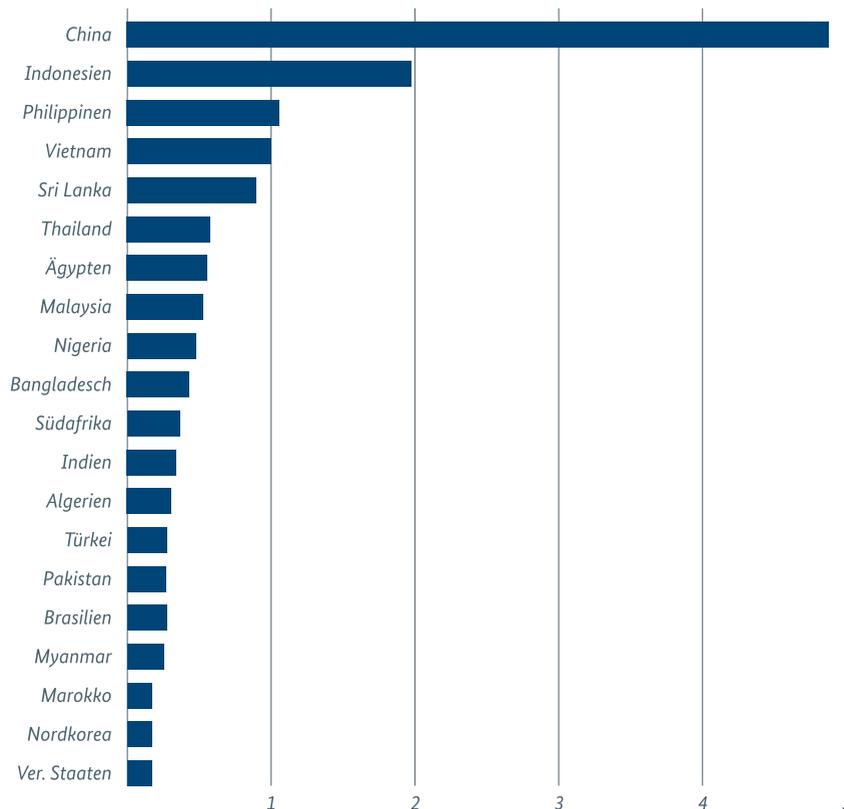
- Zudem soll ein gemeinsames interdisziplinäres Forschungs-, Bildungs- und Aufklärungsprogramm aufgebaut werden. Es soll das Verständnis für die Folgen des Plastikmülls im Meer stärken und wirksame Wege zur Reduzierung einer solchen Verschmutzung aufzeigen.
- Deutschland hat im Rahmen seiner G7-Präsidentschaft einen Bericht über die sozioökonomischen Aspekte der Meeresverschmutzung durch Müll bei UNEP in Auftrag gegeben, der gegen Ende seiner G7-Präsidentschaft vorgestellt wurde. Thema dieses Berichts ist eine ökonomische Kosten-Nutzen-Analyse zur Vermeidung von Mülleinträgen ins bzw. zur Entfernung des Mülls aus dem Meer. Darüber hinaus geht es auch um die Identifizierung der wichtigsten Handlungsfelder zur Verringerung von Meeremüll.
- Die in der IMB laufenden Beratungen zu den Abbauregeln für einen nachhaltigen Tiefseebergbau schreiten voran. Sie waren Schwerpunktthema der diesjährigen Jahrestagung der IMB im Juli, in deren Rahmen ein Aktionsplan mit prioritären Zielen für die nächsten 12 bis 18 Monate verabschiedet wurde. Dieser Plan wird nun umgesetzt.
- Die G7 hat sich auf dem Wissenschaftsministertreffen im Oktober zur Ausarbeitung eines Vorschlags verpflichtet, wie die G7 die internationale Zusammenarbeit zur Forschung für den Erhalt und die nachhaltige Nutzung der Meeresumwelt bestmöglich vorantreiben kann. Ziel ist, Veränderungen in den Meeren und Ozeanen sowie ihre Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft besser voraussagen, steuern und vermindern zu können.
- Nach den Beschlüssen von Elmau haben sich die G7-Wissenschaftsminister der Frage der ökologischen Begleitforschung zum Tiefseebergbau gewidmet. Sie regten zu Forschungsarbeiten über die Ökosysteme in der Tiefsee und die möglichen Auswirkungen des marinen Bergbaus auf diese Ökosysteme an.
- Die G7 hat bereits einen umfangreichen und breiten Austausch bewährter Verfahren zwischen den G7-Partnern und Stakeholdern aus Wirtschaft, Forschung und Zivilgesellschaft initiiert. Daraus zeigen sich die vielfältigen Potenziale der Ressourceneffizienz, die zum einen zur Reduzierung der Umweltbelastungen führen und zum anderen Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum begünstigen.
- Der Dialog der G7 beinhaltet eine umfangreiche Debatte mit Vertretern Internationaler Organisationen (u. a. ILO, UNEP, WTO) u. a. zur Frage, wie die globale Zusammenarbeit für Ressourceneffizienz weiter gestärkt werden kann.
- Zum Auftakt der neu gegründeten „G7-Allianz für Ressourceneffizienz“ fand im Oktober 2015 eine Konferenz der G7-Partner zusammen mit Internationalen Organisationen und Vertretern aus der Wirtschaft und Zivilgesellschaft statt. Die G7-Allianz soll als dauerhaftes, freiwilliges Forum für den Austausch bewährter Verfahren zwischen den G7-Partnern und einschlägigen Akteuren dienen. Zur Umsetzung der G7-Allianz fanden weitere Fachveranstaltungen statt, darunter zum Thema der industriellen Symbiosen, d. h. der besseren Nutzung von Primär- und Sekundärrohstoffen durch Unternehmenskooperationen sowie zur Substitution nicht erneuerbarer Ressourcen durch nachhaltige erneuerbare Ressourcen.
- Japan hat signalisiert, das Thema Ressourceneffizienz auch unter seiner G7-Präsidentschaft im Jahr 2016 als Schwerpunkt zu behandeln und die G7-Allianz fortzuführen.

Entwicklungspolitik

Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (Post-2015-Agenda)

Hauptverursacher von Plastikverschmutzung

Plastikmüll, der 2010 in die Ozeane gelangte/Mittelwert in Milliarden Pfund*



* englische Maßeinheit | Quelle: Jambeck et al, Science, 2015

Zusagen

- Die G7 unterstützt die Ausarbeitung und Umsetzung einer **universell gültigen Agenda 2030** durch finanzielle und nichtfinanzielle Maßnahmen. Sie bekennt sich dazu, **die extreme Armut bis 2030 zu beenden** und den Wandel hin zu **nachhaltiger Entwicklung** zu vollziehen.
- Hierfür hat sich die G7 zu weitreichenden Maßnahmen in den Bereichen globales Gesundheitswesen, Ernährungssicherung, Schutz des Klimas und der Meere, nachhaltige globale Lieferketten und stärkere wirtschaftliche Teilhabe von Frauen verpflichtet.
- Die G7 verpflichtet sich, die Umsetzung in Bezug auf finanzielle und andere Maßnahmen voranzutreiben, auch durch die Mobilisierung nationaler Ressourcen, innovative Finanzierung, private Finanzierung, ODA und andere Unterstützung sowie einen ambitionierten Politikrahmen.
- Die G7 bekräftigt die zentrale Rolle öffentlicher Entwicklungsleistungen (ODA) und anderer internationaler öffentlicher Finanzierungsleistungen als Katalysator und Ergänzung für andere Quellen der Entwicklungsfinanzierung. Ferner **bekräftigt sie die jeweiligen ODA-Zusagen** sowie die Verpflichtung, den Rückgang öffentlicher Entwicklungsleistungen für die am wenigsten entwickelten Länder umzukehren und die öffentlichen Entwicklungsleistungen besser auf die Länder zu konzentrieren, die ihrer am meisten bedürfen. Sie verpflichtet sich zur Förderung privater Kapitalflüsse.

Fortschritte

- Die Verabschiedung der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ durch Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen im September 2015 in New York ist ein zentraler Erfolg. Die Agenda enthält erstmals einen weltweit gültigen Zielkatalog für globale nachhaltige Entwicklung. Sie befasst sich mit der Ausmerzung von

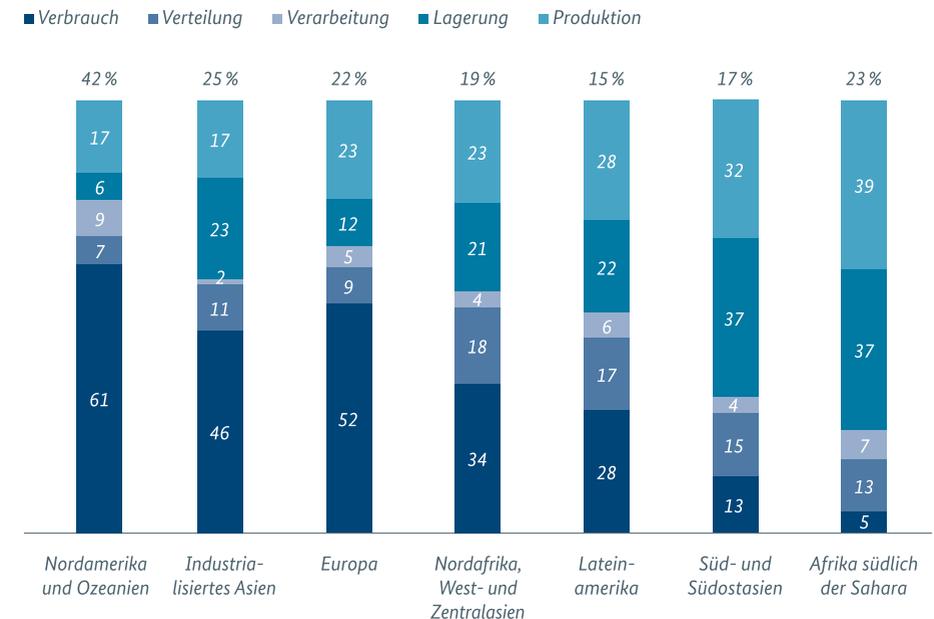
Ernährungssicherung

Zusagen

- Armut und Hunger, mit Ressourcen- und Umweltschutz im Rahmen einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und der Stärkung von Menschenrechten und sozialem Zusammenhalt. Die Agenda berücksichtigt alle drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung (Wirtschaft, Umwelt und Soziales) gleichermaßen.
- Alle Staaten, auch Mitglieder der G7, haben sich verpflichtet, die Agenda 2030 ambitioniert umzusetzen, unter Berücksichtigung der verschiedenen nationalen Gegebenheiten, Fähigkeiten und Entwicklungsniveaus sowie unter Beachtung der nationalen Politikansätze und Prioritäten. Die G7 wird dabei eine aktive und führende Rolle spielen. Das Aktionsprogramm von Addis Abeba, ein fester Bestandteil der Maßnahmen für die Umsetzung der Agenda 2030, ist ein zentrales Element.
- Die Bundesregierung wird entsprechend ihrer Vorreiterrolle und als Impulsgeber auf die Formulierung und Umsetzung ambitionierter nationaler Ziele hinarbeiten.
- Deutschland wird seine nationale Nachhaltigkeitsstrategie (NHS) in allen wesentlichen Punkten überprüfen, ggf. überarbeiten, um Kompatibilität mit der Agenda 2030 zu gewährleisten, und in Form eines Fortschrittsberichts unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit bis Herbst 2016 weiterentwickeln. Deutschland setzt sich bei dieser Weiterentwicklung dafür ein, dass die NHS die internationalen Auswirkungen unseres nationalen Handelns stärker berücksichtigt und zur Lösung globaler Probleme durch nachhaltige Entwicklung beiträgt.
- Die EU bekennt sich zur Umsetzung der Agenda in ihrer Innen- und Außenpolitik. Der Arbeitsplan der EU-Kommission beinhaltet eine Initiative für 2016, einen neuen Ansatz vorzulegen, der Wirtschaftswachstum sowie soziale und ökologische Nachhaltigkeit nach 2020 sicherstellt.
- Das hochrangige politische Forum über nachhaltige Entwicklung (High-Level Political Forum on Sustainable Development, HLPF) wird bei der Überprüfung des Monitoring- und Reviewprozesses auf globaler Ebene eine zentrale Rolle spielen. Die G7 wird Staaten ermutigen, im HLPF ihre Erfolge und Herausforderungen darzustellen und kritisch zu diskutieren. Deutschland wird schon im nächsten Jahr seine Umsetzungsanstrengungen international vorstellen.

- Die G7 hat das gemeinsame Ziel, bis **zum Jahr 2030 mit ihren Partnern 500 Millionen Menschen** in Entwicklungsländern **von Hunger und Mangelernährung zu befreien**.
- Dazu hat die G7 einen „breiten Ansatz für Ernährungssicherung und Ernährung“ beschlossen. Er unterstreicht die Notwendigkeit verschiedener Maßnahmen in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion für eine verbesserte Ernährungssicherung und Ernährung.

Lebensmittelverluste und -verschwendung nach Regionen und Wertschöpfungskette

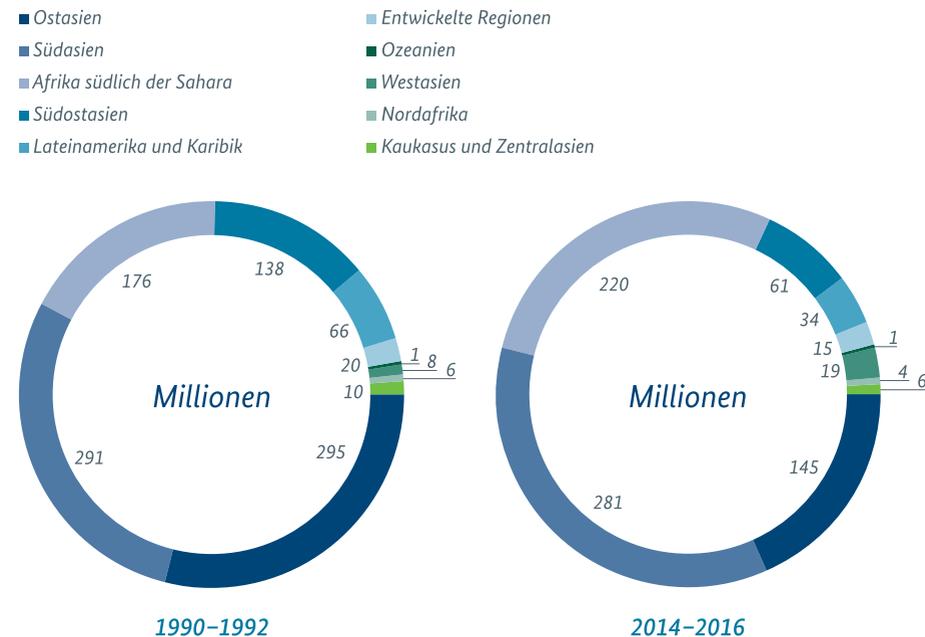


Quelle: FAO 2011/ WRI 2013

Fortschritte

- Die G7 hat zum weiteren Vorgehen einen „breiten Ansatz für Ernährungssicherung und Ernährung“ beschlossen, in dem Wege aufgezeigt werden, um dieses Ziel zu erreichen. Der Fokus des Ansatzes liegt auf der ländlichen Entwicklung:
 - Förderung verantwortungsvoller Investitionen;
 - nachhaltige Landwirtschaft;
 - gezielte Unterstützung für mangelernährte Kinder und Frauen;
 - gezielte Hilfen für Hungernde in Krisen und Konflikten;
 - ernährungssensitive und -spezifische Maßnahmen.
- Der G7-Ansatz für eine verbesserte Ernährungssicherung und Ernährung geht damit über die Landwirtschaft hinaus und bezieht weitere Wirtschafts- und Sozialbereiche mit ein. Er berücksichtigt besonders Frauen, Kleinbauern und Familienbetriebe und soll zur schrittweisen Verwirklichung von ländlicher Entwicklung und nachhaltiger Landwirtschaft beitragen.
- Deutschland hat seit dem Gipfel in Elmau damit begonnen, den inhaltlichen und finanziellen Rahmen zu gestalten, um den deutschen Beitrag zur Zielerreichung sicherzustellen: Deutschland hat 2015 im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit rund 1,5 Milliarden Euro für ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung bereitgestellt. Dies entspricht einer Verdopplung gegenüber 2010.
- Die G7 wird innerhalb ihrer Arbeitsgruppe Ernährungssicherung („Food Security Working Group“) ihre Zusammenarbeit fortsetzen und sich über Fortschritte und Hemmnisse bei der Erreichung des 500 Millionen Ziels austauschen.
- Die Reduzierung von Nahrungsmittelverlusten und Verschwendung weltweit ist für eine bessere Ernährungssicherung und eine ausgewogenere Ernährung von großer Bedeutung. Die G20 hat sich dieser Thematik nun mit einem gemeinsamen Aktionsplan angenommen.

Die sich verändernde Verteilung des Welthungers: Angaben zu unterernährten Menschen nach Region



Quelle: FAO Report 2015

Wirtschaftliche Teilhabe von Frauen

Zusagen

- Die G7 hat sich dazu verpflichtet, ihre Partner in Entwicklungsländern, aber auch in G7-Staaten, zu unterstützen, um **Diskriminierung, sexuelle Belästigung und Gewalt gegen Frauen und Mädchen** sowie andere kulturelle, gesellschaftliche, wirtschaftliche und rechtliche Hürden für die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen zu überwinden.
- Die G7 ist entschlossen, die Anzahl der **Frauen und Mädchen** in Entwicklungsländern, die durch G7-Maßnahmen **beruflich qualifiziert** werden, bis 2030 um ein Drittel zu erhöhen.
- Die G7 will selbst Maßnahmen ergreifen, um den **Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen für Frauen** zu fördern, indem sie die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Arbeitsmarktbeteiligung innerhalb der G7, unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Voraussetzungen, bis 2025 um 25 Prozent verringert und
- die Rahmenbedingungen, die Frauen und Männern eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf ermöglichen, unter anderem durch den Zugang zu Elternzeit und Kinderbetreuung verbessert.

Fortschritte

- Am 9. November 2015 fand im Vorfeld der internationalen Konferenz „Economic Empowerment of Women – Unlock the Potential“ die konstituierende Sitzung der neuen G7-Arbeitsgruppe zu Frauenthemen statt. Ziel ist es dazu beizutragen, die Rolle von Mädchen und Frauen, Gleichberechtigung und Zugang zu wirtschaftlicher Teilhabe, auch auf dem Weg der Selbstständigkeit, zu fördern und Gewalt und Diskriminierung zu überwinden.
- Deutschland hat den Privatsektor dringend aufgerufen, die VN-Grundsätze zur Stärkung von Frauen in Unternehmen zu unterzeichnen. Große deutsche Unternehmen wie die Deutsche Bahn und die KfW sind diesem Aufruf ebenso gefolgt wie Unternehmen aus Entwicklungsländern, z.B. Jetwing (Sri Lanka).
- Deutschland unterstützt zudem als erster bilateraler Geber das beim Globalen Pakt der VN angesiedelte WEP-Sekretariat finanziell mit 275.000 Euro.
- In Deutschland wurden 2015 bereits Maßnahmen begonnen, z. B. zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst. So gilt für Aufsichtsräte ab 2016 eine Geschlechterquote von 30 Prozent. Daneben wurden finanzielle Anreize für einen beruflichen Wiedereinstieg gesetzt, um die wirtschaftliche Sicherheit vor allem von Müttern und deren Alterssicherung zu verbessern.
- Die quantitative Verpflichtung der G7, einem Drittel mehr Frauen in Entwicklungsländern eine berufliche Bildung zu ermöglichen, wird sich auf die Programmierung von Entwicklungsmaßnahmen auswirken. Diese sollen verstärkt einen Fokus auf die Förderung von Mädchen und Frauen legen.



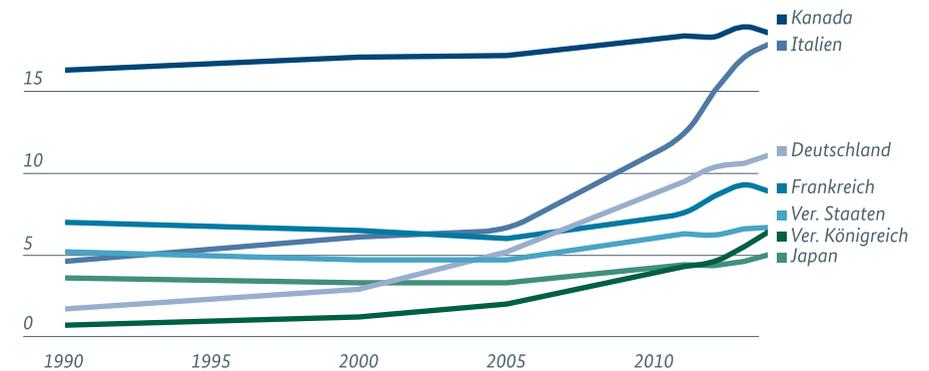
G7-Arbeitsitzung in Schloss Elmau

Andere wichtige Bereiche

Energie

- Nach dem Gipfel auf Schloss Elmau wurde mit der Umsetzung der Hamburger G7-Initiative für Nachhaltige Energiesicherheit begonnen: IEA, Europäische Kommission und die kommende G7-Präsidentschaft Japan erarbeiteten gemeinsam eine erste Struktur für die neue Gasversorgungsstudie der IEA zur Widerstandsfähigkeit und Flexibilität des Gasmarktes. Die Studie mit Empfehlungen wird derzeit erstellt und soll im Frühjahr 2016 abgeschlossen sein.
- Deutschland hat mehrere internationale Diskussionsrunden in Berlin veranstaltet zu den Themen Energieeffizienz, Analyse von Schwachstellen des Energiesystems, insbesondere im Stromsektor, sowie Cybersicherheit im Energiesektor.
- Die G7-Staaten unterstützen auch weiterhin die Ukraine bei der Reform ihres Energiesystems. Beispielsweise soll das von Deutschland gemeinsam mit der Regierung der Ukraine entwickelte Konzept zur Errichtung eines revolvierenden Investitionsfonds zur Verbesserung der Energieeffizienz in der kommunalen Wärmeversorgung umgesetzt werden. Kanada, die EU und die USA arbeiten weiterhin zusammen, um die ukrainische Regierung bei der Verbesserung ihrer Energiesicherheit zu unterstützen durch die Entwicklung und Umsetzung eines Winteraktionsplans in Vorbereitung auf den Winter 2015/2016.
- Daneben hat die G7 vereinbart, untereinander sowie mit anderen interessierten Staaten enger zusammenzuarbeiten, um Koordinierung und Transparenz von Forschung, Entwicklung und Demonstration im Bereich sauberer Energien zu verbessern. Dabei soll es auch um eine bessere Einbindung des weltweit rund 6000 Experten umfassenden Energietechnologienetzwerks der IEA gehen.
- Die zukünftige japanische G7-Präsidentschaft hat bereits angekündigt, dass sie die Themen Gasmärkte und Sicherheit, Energieinfrastruktur und Widerstandsfähigkeit, u. a. Cybersicherheit, nachhaltige Energiesicherheit (Hamburg-Initiative) und Energietechnologien auf die Agenda ihrer Präsidentschaft setzen wird.

Anteil Erneuerbare Energien
am Primärenergieverbrauch in Prozent/G7-Staaten



Quelle: Internationale Energieagentur (IEA)

Außen- und Sicherheitspolitik

Maritime Sicherheit

- Als Beitrag zur Umsetzung der Lübecker Erklärung der G7-Außenminister zur maritimen Sicherheit sowie als Beitrag zur Schaffung sektor- und regionenübergreifender Kooperationsnetzwerke im maritimen Raum hat im Dezember 2015 eine G7-Konferenz zur maritimen Sicherheit stattgefunden. Die Themenfelder Seelagebilder und Seeraumüberwachung, friedliche Streitbeilegung im maritimen Bereich, Bekämpfung illegaler Fischerei sowie Stärkung maritimer Sicherheitsnetzwerke und interregionaler Kooperation konnten näher beleuchtet werden.
- Japan hat zugesagt, das Thema regelbasierte maritime Ordnung und Sicherheit unter seiner G7-Präsidentschaft 2016 weiterzuverfolgen.

Deauville-Partnerschaft

- Die Deauville-Partnerschaft wird u. a. durch einen „Pakt für Wirtschaftliche Regierungsführung“ vorangetrieben, der im Mai 2015 in Paris angenommen wurde. Er verpflichtet arabische Transformationsländer zu verstärkten Reformbemühungen sowie G7-Staaten und Deauville-Partnerländer zu entsprechenden Unterstützungsmaßnahmen. Ferner wurde im Oktober 2015 in Rabat ein Reflexionspapier zu regionaler Wirtschaftsintegration angenommen. Im November 2015 sprachen Vertreter der Zivilgesellschaft aus den arabischen Transformationsländern ihren Regierungen und der G7 sowie den internationalen Finanzinstitutionen Empfehlungen zu Fragen der wirtschaftspolitischen Steuerung und der sozialen Gerechtigkeit aus.
- Im September 2015 fand ein Austausch zum Thema Beschäftigungsförderung in der MENA-Region statt. Es ging u. a. darum, wie Allianzen gebildet werden können, um mehr und bessere Beschäftigung zu fördern. Im Fokus standen die verstärkte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, der benötigte Strukturwandel etwa im Bildungs- und Ausbildungsbereich sowie Ansätze für kurzfristig wirksame Möglichkeiten der Beschäftigungsförderung in großem Umfang. Folgeaktivitäten zur Umsetzung des im April 2015 beschlossenen Aktionsplans für finanzielle Inklusion umfassen eine hochrangige Dialogveranstaltung zu finanzieller Inklusion im November 2015 in Jordanien und eine für 2016 geplante Studienreise von Vertretern aus der Region.
- Der Transition Fund ist nach wie vor das geeignete Instrument, um einen mittel- und langfristigen Strukturwandel in den Ländern der Deauville-Partnerschaft weiter voranzutreiben. Die Deauville-Partnerschaft hat den Fonds um zwei Jahre verlängert. Einzahlungen sind nun bis Ende 2017 möglich. Deutschland hat für 2016 eine weitere Beteiligung von bis zu 10 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Im Dezember 2015 hat der Steuerungsausschuss des Transition Fund in Kairo weitere neue Maßnahmen beschlossen.

Ukraine

- Die G7 verurteilte beim Gipfel in Elmau geschlossen die völkerrechtswidrige Annexion der Krim. Mit Blick auf die fortdauernde Destabilisierung in der Ostukraine rief die G7 zur vollständigen Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk auf und bekräftigte, dass es nur eine politische Lösung des Konflikts geben könne.
- Bei weiteren Treffen im Normandie-Format auf Ebene der Staats- und Regierungschefs und der Außenminister gelang es, einen neuen Impuls zur Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk im Rahmen der regelmäßigen Sitzungen der Trilateralen Kontaktgruppe in Minsk zu geben.
- Im Rahmen einer Doppelstrategie aus Druck und Dialogbereitschaft hat die G7, ebenso wie zuvor die EU, die Dauer der sektoralen Wirtschaftssanktionen gegen Russland mit der vollständigen Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk verknüpft. Damit ist die G7 ein bedeutender Unterstützer des Minsk-Prozesses.
- Die G7-Unterstützungsgruppe auf Ebene der G7-Botschafter in Kiew hat ihre Arbeit wie in Elmau vereinbart erfolgreich aufgenommen und steht der ukrainischen Regierung mit koordiniertem Rat und Unterstützung zur Seite, um den wirtschaftlichen Reformprozess in der Ukraine voranzubringen.
- Der Internationale Währungsfonds konstatiert der ukrainischen Regierung und Bevölkerung ungebrochenen Reformwillen und setzte sein umfassendes Unterstützungsprogramm im Juli fort.

Tschernobyl-Schutzhülle

- Die G7 hat nochmals das oberste Ziel bekräftigt, weltweit ein hohes Maß an nuklearer Sicherheit und Sicherung zu erreichen und aufrechtzuerhalten. Hierzu verpflichtete sich die G7 zur Fertigstellung der Schutzhülle für den Tschernobyl-Reaktor (Chernobyl Shelter Project). Die Anlage soll stabilisiert und für die Umwelt sicher gemacht werden.
- Die Finanzierung der neuen Schutzhülle konnte im Rahmen einer außerordentlichen Geberkonferenz am 29. April 2015 unter deutschem Vorsitz sichergestellt

werden. Die G7-Staaten und die EU haben gemeinsam 165 Millionen Euro bereitgestellt. Die EBRD hat 350 Millionen Euro übernommen sowie eine Ausfallgarantie über 100 Millionen Euro, falls dieser Betrag nicht – oder nicht in voller Höhe – von Drittstaaten eingeworben werden kann. Drittstaaten haben bisher etwa 48 Millionen Euro zugesagt.

- Die Fertigstellung der neuen Schutzhülle für den havarierten Block 4 ist unter dem Gesichtspunkt der nuklearen Sicherheit unabdingbar und macht ungeachtet der schwierigen politischen Rahmenbedingungen in der Ukraine gute Fortschritte.

Terrorismusbekämpfung

- Die G7-Partner haben beschlossen, ihre Maßnahmen zur Unterstützung Tunesiens, Nigerias und Iraks bei der Terrorismusbekämpfung zu verstärken und untereinander zu koordinieren. Die nigerianische und die tunesische Regierung übermittelten der G7 im Anschluss konkrete Unterstützungsbitten. Die Unterstützung Iraks wird insbesondere im Rahmen der Anti-ISIS-Koalition fortgeführt.
- Unter Leitung von Deutschland wurden in Tunis und Abuja Koordinierungsgruppen gebildet, in denen Vertreter der G7 mögliche Maßnahmen erörtern. Am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen trafen sich im September 2015 die Afrika- und MENA-Direktoren der Außenministerien der G7-Mitgliedstaaten mit den Partnern, um die Zusammenarbeit zu vertiefen. Die G7-Partner haben nach dem Attentat in Sousse umfangreiche bilaterale Unterstützungsmaßnahmen für Tunesien in die Wege geleitet.
- Die G7 hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus zu verstärken und besser zu koordinieren. Dabei geht es u. a. um Ausrüstung für Grenzüberwachung und Ausbildung von Sicherheitskräften sowie die Einrichtung eines Clearing-House Mechanismus im Globalen Forum Terrorismusbekämpfung (Global Counter Terrorism Forum, GCTF). Das letzte Treffen der Roma-Lyon-Gruppe unter deutscher G7-Präsidentschaft hat im November 2015 stattgefunden.

Iran

- Gipfelthema auf Schloss Elmau waren auch die Beziehungen zu Iran. Die G7 hat die Fortschritte bei den E3+3-Verhandlungen mit Iran zur Beilegung des Nuklearstreits gewürdigt und Iran zu einer uneingeschränkten Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) aufgerufen. Darüber hinaus mahnte die G7 die Achtung der Menschenrechte und einen konstruktiven Beitrag Irans zur regionalen Stabilität an.
- Im Nuklearstreit mit Iran erfolgte am 14. Juli in Wien der Durchbruch. Die E3+3 einigten sich mit Iran auf eine umfassende politische Vereinbarung. Der VN-Sicherheitsrat hat die Vereinbarung am 20. Juli mit der Resolution 2231 einstimmig gebilligt. Damit wurde für einen dreizehn Jahre währenden Streit eine einvernehmliche und umfassende Lösung gefunden. Die Vereinbarung wurde am 18. Oktober förmlich in Kraft gesetzt („Adoption Day“).

Irak

- In ihrer Abschlusserklärung begrüßten die Staats- und Regierungschefs der G7 die fortgesetzten Bemühungen der Globalen Koalition zur Bekämpfung des sogenannten „Islamischen Staates“ (ISIS). Sie bekräftigten ihre Entschlossenheit, diese terroristische Vereinigung zu besiegen und die Verbreitung ihrer Ideologie zu bekämpfen, und unterstrichen in diesem Zusammenhang ihre nachhaltige Unterstützung für Irak angesichts dieser Herausforderungen.
- Aufgrund ihres intensiven militärischen Engagements ist es der internationalen Anti-ISIS-Koalition gelungen, den Vormarsch des sogenannten „Islamischen Staates“ im Irak zu stoppen. Hierbei unterstützen die G7-Partner die irakische Armee und regionale Sicherheitskräfte durch Training und durch Ausstattungshilfe im Einsatz. ISIS ist heute finanziell, logistisch und militärisch geschwächt.
- Ein Schwerpunkt der Unterstützung Iraks liegt neben der humanitären Hilfe auf zivilen Maßnahmen für die Stabilisierung der von ISIS befreiten Gebiete.

Libyen

- In der Abschlusserklärung von Elmau zeigte sich die G7 zutiefst besorgt über die wachsende terroristische Bedrohung, die Verbreitung von Waffen, die Schleusung von Migrant*innen, das humanitäre Leid und den Raubbau am Staatsbesitz. Die G7 begrüßte die Verhandlungen unter Führung des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Bernardino León, und rief die Libyer aller Seiten auf, diese Chance zu nutzen, die Waffen niederzulegen und das Land zu demokratisieren.
- Seit dem Gipfel in Elmau haben sich G7-Staaten zur Unterstützung des Sonderbeauftragten für eine dauerhafte friedliche Lösung des Konflikts in Libyen eingesetzt, auch durch mehrere hochrangige Treffen. Nach mehreren politischen Dialogrunden in Libyen präsentierte der Sonderbeauftragte ein Paket mit einer libyschen politischen Vereinbarung, Anlagen dazu sowie einem Vorschlag für einen Präsidentschaftsrat für eine Regierung der nationalen Einheit. Dieses Paket wurde bislang nicht formell verabschiedet. Der neue Sonderbeauftragte Martin Kobler führt die Bemühungen um eine Regierung der nationalen Einheit fort.
- Die G7-Staaten werden auch weiterhin durch enge Koordinierung untereinander und über fortlaufende Kommunikation mit den regionalen Partnern auf die libyschen Parteien einwirken, um den politischen Übergangsprozess zu befördern.

Syrien

- In ihrer Abschlusserklärung bekundeten die Staats- und Regierungschefs der G7 ihre Unterstützung für den Prozess unter der Federführung der Vereinten Nationen, um eine dauerhafte Lösung für Frieden und Stabilität in Syrien zu finden. Sie bekräftigten, dass ein wirklicher Übergang auf der Grundlage der vollständigen Umsetzung des Kommuniqués von Genf die einzige Möglichkeit sei, in Syrien Frieden und Stabilität zu schaffen und den Terrorismus zu besiegen.
- Seitdem haben verschiedene G7-Staaten gemeinsam mit anderen Akteuren die Internationale Unterstützergruppe für Syrien ins Leben gerufen („Wiener Prozess“) und unterstützen weiterhin aktiv die Arbeit des VN-Sondergesandten für Syrien.

- Die G7 wird auch in Zukunft eng zusammenarbeiten, um gemeinsame Anstrengungen für einen echten, inklusiven und nicht konfessionell geprägten politischen Übergang in Syrien im Einklang mit dem Kommuniqué von Genf zu unterstützen.

Nichtverbreitung und Abrüstung

- In der unter deutscher Präsidentschaft erarbeiteten und im Vorfeld der NVV-Überprüfungskonferenz veröffentlichten G7-Erklärung zu Nichtverbreitung und Abrüstung wird zur Stärkung des Nichtverbreitungsregimes und zu weiteren Anstrengungen zur Förderung der Abrüstung aufgerufen. Besonders hervorgehoben wurde in diesem Zusammenhang die Herausforderung, die illegale Verbreitung von Kleinwaffen in vielen Krisenregionen weltweit, insbesondere in Afrika, zu bekämpfen.
- Deutschland führte den Vorsitz bei drei sehr erfolgreichen Treffen der Globalen Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien. Bezüglich der Unterstützung für die Ukraine trug eine Koordinierungsreise der Geber dazu bei, die konkrete Zusammenarbeit bei Projekten unter anderem im Zusammenhang mit der Sicherheit von Kernanlagen zu beschleunigen. Die Herausforderungen im Bereich der Biosicherheit stellten eine weitere Priorität der deutschen Präsidentschaft dar.

Nordkorea

- In der Abschlusserklärung von Elmau verurteilten die G7 in aller Schärfe, dass Nordkorea weiterhin Nuklear- und Raketenprogramme entwickelt und die Menschenrechte eklatant verletzt, auch durch Entführungen von Staatsangehörigen anderer Länder.



Outreach-Familienfoto

CONNEX

- Die im Rahmen des G7-Gipfels in Brüssel im Juni 2014 beschlossene CONNEX-Initiative („Strengthening Assistance for Complex Contracts Negotiations“) zielt darauf ab, in Entwicklungsländern durch fachübergreifende Beratung Unterstützung bei der Verhandlung komplexer Investitionsverträge zu leisten, zunächst schwerpunktmäßig im Rohstoffsektor.
- Zentraler Bestandteil ist der auf Schloss Elmau beschlossene Verhaltenskodex (Code of Conduct) für fachübergreifende Beratungsdienste.
- Seit den Beschlüssen von Elmau konnte eine weitere Vernetzung von und der Zugang zu Informationen über ein Online-Portal (www.negotiationsupport.org) umgesetzt werden. Auf diesem Portal sind unterstützende Informationen und konkrete Hilfestellungen zu den jeweiligen Phasen von Vertragsverhandlungen dargestellt. Die G7 wird den weiteren Ausbau dieses Portals finanziell und technisch unterstützen, auch um seine Funktionsweise zu verbessern. Damit wird CONNEX nach der Aufbau- und Kommunikationsphase bereits 2016 in die Implementierungsphase eintreten.
- Daneben bereitet Deutschland aktuell Schulungsmaßnahmen in Partnerländern vor, die auf bilateraler Basis durchgeführt werden. Der Schulungsplan liegt vor und wird ab Anfang 2016 durch Fortbildungsmaßnahmen in ausgewählten Partnerländern umgesetzt.
- Zur Stärkung der Verhandlungskompetenz von Entwicklungsländern sowie zur verbesserten Kontrolle der Umsetzung und Einhaltung von Verträgen sind bereits Maßnahmen in der Planung. Beispielsweise sind bilaterale Schulungsmaßnahmen in Mali, Madagaskar, Tansania und der Mongolei in Vorbereitung.
- Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel, CONNEX als internationale Initiative für ausgewogene, faire Investitionsverträge weiter zu entwickeln. Zur Fortführung des CONNEX-Diskussionsprozesses wird die Bundesregierung in Abstimmung mit den G7-Partnern zudem den Aufbau einer Plattform für den Erfahrung- und Wissensaustausch zwischen Staaten, Dienstleistungsanbietern und der Privatwirtschaft über die Unterstützung von Vertragsverhandlungen (Negotiation Support Forum) fördern.



G7 GERMANY
2015 | Schloss Elmau

WORLD TRADE ORGANIZATION

INTERNATIONAL LABOUR ORGANIZATION

EUROCOMMISSION

Arbeitssitzung mit Outreach-Partnern

Rechenschaftslegung und Fortschrittsbericht

- Der Elmauer G7-Fortschrittsbericht von 2015 „Biodiversität – Lebenswichtig für nachhaltige Entwicklung“ stellt die Bedeutung der Biodiversität für das menschliche Wohlergehen, eine nachhaltige Entwicklung und die Minderung von Armut heraus. Er wurde im Mai 2015 der Öffentlichkeit präsentiert. Der Fortschrittsbericht zeigt, wie die G7 durch politische, finanzielle und andere Maßnahmen ihre Biodiversitätszusage umsetzt, also ihre Anstrengungen verstärkt, damit der Rückgang der biologischen Vielfalt verlangsamt wird. Darüber hinaus wird in dem Bericht dargelegt, inwieweit diese Fortschritte einen Beitrag zu anderen entwicklungsbezogenen Zusagen der G7 leisten, etwa bei Ernährungssicherung, Gesundheit und Klimawandel. Es wird betont, dass die biologische Vielfalt in vielen Regionen erschreckend schnell abnimmt. Gleichzeitig wurden jedoch auch deutliche Verbesserungen beobachtet.
- Die G7 steht weiterhin zu ihrer Verpflichtung, in offener und transparenter Weise über die gegebenen Versprechen Rechenschaft abzulegen. Aktuell erneuert die G7-Rechenschaftsarbeitsgruppe (Accountability Working Group, AWG) die Liste der aktiven G7-Zusagen als Grundlage für den umfassenden Fortschrittsbericht 2016. Die G7 ist ferner übereingekommen, sich erneut mit weiteren vierzehn Zusagen des Elmauer Gipfels zu befassen und diese in künftige Fortschrittsberichte aufzunehmen.
- 2016 wird unter japanischer G7-Präsidentschaft der nächste umfassende Fortschrittsbericht vorgelegt, der alle drei Jahre erstellt wird. Dieser umfassende Bericht wird über alle aktiven G7-Zusagen berichten. Unterstützt von der AWG, derzeit unter deutschem Vorsitz, beginnt Japan bereits jetzt mit den Vorbereitungen zur Erstellung des umfassenden Fortschrittsberichts 2016, um ihn im Mai 2016 vor dem Gipfeltreffen in Ise-Shima vorlegen zu können.

Dialog mit der Zivilgesellschaft

- Die G7 hat sich dem Wunsch nach mehr Teilhabe einer freien, selbstbewussten und gut organisierten Zivilgesellschaft zunehmend geöffnet und unterschiedliche Dialogformen entwickelt. Bundeskanzlerin Angela Merkel suchte aktiv den Dialog mit der Zivilgesellschaft und die persönliche Begegnung mit Vertretern verschiedenster zivilgesellschaftlicher Gruppierungen. Im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft fanden daher zahlreiche Dialogforen mit Vertretern deutscher und internationaler Nichtregierungsorganisationen, der Gewerkschaften, der Wissenschaften, mit Wirtschaftsvertretern sowie mit Jugendlichen und Frauen zu den Themen der Gipfel-Agenda statt.
- Die deutsche G7-Präsidentschaft ließ sich bei der Ausgestaltung des Dialogprozesses vom Verständnis leiten, dass zivilgesellschaftliches Engagement nicht regierungsgeleitet sein kann. Die inhaltliche Ausgestaltung der Veranstaltung lag daher in den Händen der jeweiligen zivilgesellschaftlichen Gruppe.
- **Übersicht der Dialogforen:**
 - Dialogforum mit Gewerkschaftsvertretern am 23. März 2015 in Berlin
 - Dialogforum mit Nichtregierungsorganisationen am 20. April 2015 in Berlin
 - Dialogforum mit Wissenschaftlern am 29. April 2015 in Berlin
 - Jugendgipfel (J7) vom 7. bis 13. Mai 2015 in Berlin
 - Dialog mit Wirtschaftsverbänden am 20. Mai 2015 in Berlin
 - G7-Dialogforum mit Frauen vom 16. bis 17. September in Berlin

G7-Präsidentschaftsprogramm

März	April	Mai	Juni	September	Oktober	November
<p>23. Berlin</p> <p>Dialogforum mit Gewerkschaftsvertretern</p>	<p>14.–15. Lübeck</p> <p>G7-Außenministertreffen</p> <p>20. Berlin</p> <p>Dialogforum mit Nichtregierungsorganisationen</p> <p>29. Berlin</p> <p>Dialogforum mit Wissenschaftlern</p>	<p>7.–13. Berlin</p> <p>Jugendgipfel (J7)</p> <p>11.–12. Hamburg</p> <p>G7-Energieministertreffen</p> <p>20. Berlin</p> <p>Dialog mit Wirtschaftsverbänden</p> <p>27.–29. Dresden</p> <p>Treffen der G7-Finanzminister und Notenbank-Gouverneure</p>	<p>7.–8. Schloss Elmau</p> <p>G7-Gipfel</p>	<p>16.–17. Berlin</p> <p>G7-Dialogforum mit Frauen</p> <p>17.–18. Frankfurt/Main</p> <p>G7-Verkehrsministertreffen</p>	<p>8.–9. Berlin</p> <p>G7-Wissenschaftsministertreffen</p> <p>G7-Gesundheitsministertreffen</p> <p>12.–13. Berlin</p> <p>G7-Arbeits- und Entwicklungsministertreffen</p>	<p>9.–10. Berlin</p> <p>G7-Konferenz zur wirtschaftlichen Stärkung von Frauen in Entwicklungsländern</p>

Abkürzungsverzeichnis

3R	<i>Reuse, Reduce, Recycle – Wiederverwendung, Reduzierung, Wiederverwertung</i>
AMCEN	<i>African Ministerial Conference on Environment – Afrikanische Umweltministerkonferenz</i>
ARC	<i>African Risk Capacity – Afrikanische Risikofaszilität</i>
AWG	<i>Accountability Working Group – G7-Rechenschaftsarbeitsgruppe</i>
BEPS	<i>Base Erosion and Profit Shifting – Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung</i>
CAD	<i>Canadian Dollar – kanadischer Dollar</i>
CARICOM	<i>Caribbean Community and Common Market – Karibische Gemeinschaft</i>
CCRIF	<i>Caribbean Catastrophe Risk Insurance Facility – Karibische Risikoversicherungsfaszilität</i>
CETA	<i>Comprehensive Economic and Trade Agreement</i>
CONNEX	<i>G7 Initiative Strengthening Assistance for Complex Contracts Negotiations – gezielte Beratung bei komplexen Vertragsverhandlungen</i>
COP21	<i>Conference of Parties 21 – UN-Klimakonferenz in Paris</i>
E3+3	<i>China, Deutschland, Frankreich, Russland, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten</i>
EBRD	<i>European Bank for Reconstruction and Development – Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung</i>
ECOWAS	<i>Economic Community of West African States – Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft</i>
EU	<i>European Union – Europäische Union</i>
FAO	<i>Food and Agriculture Organization – UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft</i>
FKWs	<i>Fluorkohlenwasserstoffe</i>
G7	<i>Gruppe der Sieben</i>
G20	<i>Gruppe der Zwanzig</i>
GBP	<i>Great Britain Pound – englisches Pfund</i>
GCTF	<i>Global Counter Terrorism Forum – Globales Forum Terrorismusbekämpfung</i>
G-SIBs	<i>Global Systemically Important Banks – global systemrelevante Banken</i>
GW	<i>Gigawatt</i>
HLPF	<i>High-Level Political Forum on Sustainable Development – hochrangiges politisches Forum für nachhaltige Entwicklung</i>
IAEO	<i>International Atomic Energy Agency – Internationale Atomenergie-Organisation</i>
ICAP	<i>International Carbon Action Partnership – Internationale Kohlenstoff-Aktionspartnerschaft</i>

IEA	<i>International Energy Agency – Internationale Energieagentur</i>
ILO	<i>International Labour Organization – Internationale Arbeitsorganisation</i>
IMB	<i>Internationale Meeresbodenbehörde</i>
INDCs	<i>Intended Nationally Determined Contributions – geplante Treibhausgas-minderungsbeiträge</i>
IPCC	<i>Intergovernmental Panel on Climate Change – Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen</i>
ITA	<i>Informationstechnologie-Abkommen</i>
JPY	<i>Japanese Yen – japanischer Yen</i>
KfW	<i>Kreditanstalt für Wiederaufbau</i>
KMU	<i>kleine und mittlere Unternehmen</i>
MENA	<i>Middle East and North Africa</i>
NHS	<i>National Health Service – Nationaler Gesundheitsdienst</i>
NKS	<i>Nationale Kontaktstellen</i>
NRO	<i>National Reconnaissance Office – Nationales Aufklärungsamt</i>
NTDs	<i>Neglected Tropical Diseases – vernachlässigte Tropenkrankheiten</i>
NVV	<i>Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen</i>
ODA	<i>Official Development Assistance – öffentliche Entwicklungszusammenarbeit</i>
OECD	<i>Organisation for Economic Cooperation and Development – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung</i>
OIE	<i>Office International des Epizooties – Weltorganisation für Tiergesundheit</i>
PRDs	<i>Poverty-Related Diseases – armutsassoziierte Krankheiten</i>
TLAC	<i>Total Loss Absorbing Capacity – Verlustabsorptionsfähigkeit</i>
TPP	<i>Trans-Pacific Partnership</i>
TTIP	<i>Transatlantic Trade and Investment Partnership</i>
UNEP	<i>United Nations Environment Programme – Umweltprogramm der Vereinten Nationen</i>
UNFCCC	<i>United Nations Framework Convention on Climate Change – Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen</i>
USD	<i>US-Dollar – Dollar der Vereinigten Staaten</i>
VN	<i>Vereinte Nationen</i>
WEP	<i>Wired Equivalent Privacy</i>
WHO	<i>World Health Organization – Weltgesundheitsorganisation</i>
WTO	<i>World Trade Organization – Welthandelsorganisation</i>

Impressum

Herausgeber

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 11044 Berlin

Text und Redaktion

G7/G20-Stab Bundeskanzleramt

Stand

Dieser Bericht gründet durchgängig auf dem Stand vom 15. Dezember 2015.

Druck

MKL Druck GmbH & Co. KG, 48346 Ostbevern

Gestaltung

Scholz & Friends Berlin GmbH, 10178 Berlin

Bildnachweise

Vorwort: Bundesregierung/Gottschalk; S. 10–11: Bundesregierung/Gottschalk; S. 14–15: Bundesregierung/Gottschalk; S. 18–19: photothek.net/Trutschel; S. 28–29: Bundesregierung/Gottschalk; S. 46–47: Bundesregierung/Kugler; S. 56–57: Bundesregierung/Bergmann; S. 60–61: Bundesregierung/Bergmann

Grafiken

Unterstützung Recherche Statistisches Bundesamt

Weitere Informationen

www.g7germany.de

Die Bundesregierung auf Facebook

www.facebook.com/Bundesregierung

Folgen Sie dem Regierungssprecher auf Twitter

www.twitter.com/RegSprecher

*Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.*